

Haushalt 2001, Stockstadt/Main

Der Haushalt 2001 ist ein Haushalt der Möglichkeiten und unterscheidet sich damit gravierend von einer langen Reihe seiner Vorgänger, die man mit Fug und Recht als Sparhaushalte bezeichnen mußte.

Die Veränderung der finanziellen Situation findet ihren Ausdruck vor allem im Vermögenshaushalt, der sich mit 7,657 Mio. DM Investitionen von seinen Vorgänger, dem Vermögenshaushalt 2000 mit 4,255 Mio. DM, deutlich und positiv unterscheidet. Der Ist-Betrag des Vermögenshaushaltes 1999 mit 4,976 Mio. DM unterstreicht diese Einschätzung nachdrücklich.

Die Rücklagen betragen 8.612 Mio. DM, denen 3,022 Mio. DM an Schulden gegenüberstehen. Die Gemeinde ist also schuldenfrei und hat darüber hinaus ein ansehnliches Polster für kommende Aufgaben.

Es geht wieder etwas in Stockstadt. Die Sparbemühungen der vergangenen Jahre zeigen Erfolge. Man kann sich wieder etwas leisten.

Soviel zum Positiven:

Bei der Frage nach der Stetigkeit dieser Entwicklung muß man leider etwas Wasser in den Wein schütten. Unübersehbar ist, daß die in 2000 reichlich sprudelnde Gewerbesteuer ihren Grund überwiegend in den positiven Geschäftszahlen der Modopaper hatte. Dies bedeutet einerseits, daß die durch die Gewerbesteuer vorgegebene Abführung - z.B. in Form der Kreisumlage - mit zeitlicher Verzögerung den Gemeindehaushalt wieder belasten wird und andererseits, daß wir in Stockstadt eine industrielle Monostruktur haben. Niest Modopaper, hat der Stockstädter Haushalt die Schwindsucht.

Die Geschäftsführung der Stockstädter Industrieunternehmen kann der Gemeinderat nicht beeinflussen. Dies ist auch nicht seine Aufgabe. Was er aber sehr wohl kann und was auch seine Aufgabe ist, wäre dafür zu sorgen, daß durch ausreichend vorhandene Gewerbeflächen - oder um es allgemeiner zu sagen, durch Optimierung der Standortfaktoren - industrielle Produktion, Handwerk und Gewerbe eine gute Entwicklung nehmen können. Nur wenn Stockstadt sowohl Arbeitsplätze als auch hohe Wohnqualität bietet, kann der ebenfalls beunruhigende Negativtrend bei der Bevölkerungszahl umgedreht werden.

Hieraus ergeben sich für uns einige Forderungen:

1. Stockstadt sollte alles daran setzen, daß die zwischen der Deponiefläche I und der Deponiefläche II liegende, derzeit schon industriell genutzte Fläche, durch

einen förmlichen B-Plan-Beschluß aufgewertet wird, damit an dieser verkehrstechnisch äußerst günstigen Stelle ein Gewerbegebiet mit hoher Wertschöpfung unter Wahrung ökologischer Grundsätze entstehen kann.

2. Der Wohnwert der Gemeinde soll, wo immer möglich, verbessert werden. Unter diesem Aspekt begrüßen wir die Flächenerwerbungen im Bereich des Rathauses mit dem Ziel der Schaffung eines Dorfmittelpunktes sowie die Überlegungen der Verwaltung, das Bäderproblem einer dauerhaften Lösung zuzuführen, in der auch wieder Platz für ein Hallenbad ist. Der Bau einer Skateranlage entspricht dem Wunsch vieler Jugendlicher und ist derzeit finanzierbar und damit akzeptabel.
3. Um Stockstadt an das überörtliche Radwegenetz anzubinden, ist es nötig den Radweg vom Real zum Sonneck fortzuführen. Die Verwaltung sollte beauftragt werden, in diesem Sinne auf die Kreisverwaltung Einfluß zu nehmen, damit diese sinnvolle, infrastrukturelle Maßnahme realisiert wird.
4. Das Jugendzentrum ist ein weiterer Mosaikstein, der im Bild der Gemeinde nicht fehlen sollte. Wir denken in erster Linie an die offene Jugendarbeit, in der es auch darum geht, daß ein Jugendpfleger Jugendliche mit lockeren sozialen Bindungen in die Gesellschaft reintegriert. Dies ist gerade für eine Industriegemeinde und zu Zeiten eines tiefgreifenden Wertewandels unverzichtbar. In diesem Sinne betreibt ein Jugendzentrum über seine sonstigen Aufgaben hinaus auch Kriminalitätsprophylaxe. Daher beantragen wir, daß Jugendzentrum wieder mit einer ganzen Stelle zu besetzen und ein detailliertes Anforderungs- und Tätigkeitsprofil für den Jugendpfleger zu erstellen. 2001 sollte zumindest der 2. Teil dieser Forderung erfüllt werden.

Im Bereich der kostenrechnenden Einrichtungen der Gemeinde sehen wir erheblichen Handlungsbedarf.

⇒ Bei der Abwasserbeseitigung stehen Einnahmen von 1.169.000 DM Ausgaben von 1.934.800 DM gegenüber.

⇒ In der Wasserversorgung beträgt das Minus 376.800 DM

⇒ Im Bestattungswesen beläuft sich der Fehlbetrag auf 122.800 DM.

In der Summe fehlen dem Verwaltungshaushalt also durch die Unterdeckung in lediglich drei Bereichen 1.165.400 DM. Gebührenanpassungen sind somit unverzichtbar.

Will man die Gebührenlast für den Bürger senken oder zumindest nicht erhöhen, sind Gebührensубventionen aber der falsche Weg. Sie führen nämlich lediglich zu einer Verschiebung der Lasten für den Bürger und zu keiner Entlastung. Richtigerweise müßte die Effizienz der Versorgungseinrichtungen verbessert werden.

Hierzu mahnen wir von Seiten der Verwaltung ein überzeugendes Konzept an!

Daß Handlungsbedarf besteht, zeigen exemplarisch die Wasserverluste im öffentlichen Netz. Mit 117.000 m³ = 22 % der Bezugsmenge stellen sie einen nicht unerheblichen Kostenfaktor dar. Strukturfragen in der Wasserversorgung dürfen daher kein Tabu sein.

Unser Antrag zum Aufbau einer eigenen Wasserversorgung, der nicht nur ein Beitrag zu mehr Trinkwasserqualität, sondern eventuell auch zur Gebührensenkung sein soll, ist mittlerweile 10 Jahre alt. Es wird geprüft, geprüft und geprüft. Was wir vermissen, ist durchgreifendes Handeln.

Die Personalkosten liegen 2001 bei 6,339 Mio. DM. Dies ist eine Steigerung von 3,5 % gegenüber 2000. Diese Steigerung ist überdurchschnittlich, und dies obwohl durch Ausgleichszahlungen in die Rentenkasse finanziert aus der Ökosteuer die große Politik doch eigentlich eine Minderung der Lohnnebenkosten erreichen wollte.

Wie wenig kommunalfreundlich die Politik des Gesetzgebers ist, zeigen noch zwei weitere Beispiele: So erhöht sich die Berechnungsgrundlage für die Solidarumlage von 7,99 auf 9,11 % und die für die Gewerbesteuerumlage von 83 auf 91 %. Dies bedeutet für Stockstadt 138.000 DM zusätzliche Mehrausgaben. Der Bund und das Land Bayern speisen somit ihre Strukturfonds aus kommunalen Kassen. Dies müßte eigentlich bei parteigebundenen Kommunalpolitikern heftige Proteste gegen die jeweiligen Parteiführungen auslösen. Der Vollständigkeit halber sei nur erwähnt, daß der größte Einzelausgabenposten des Verwaltungshaushaltes - nämlich die Kreisumlage - mit 4,24 Mio. DM sich ebenfalls zu ca. 1/3 aus landes- und bundespolitischen Willkürentscheidungen herleitet. So liegt der über die Kreisumlage zu finanzierende Nettoaufwand in der Schülerbeförderung bei 2,8 Mio. DM, beim Sozialhilfehaushalt bei 10,9 Mio. DM, im Jugendhilfehaushalt bei 5,6 Mio. DM und in den beiden Krankenhäusern bei 2,1 Mio. DM. Die Bezirksumlage steuert weitere 5,9 Mio. DM bei.

An diesen 27,3 Mio. DM, die eigentlich aus Landes- und Bundesmitteln zu erbringen wären, ist die Gemeinde Stockstadt gemäß ihrem Anteil an der Kreisumlage beteiligt. (27,3 Mio. DM = 29,3 % der Kreisumlage; 29,3 % von 4,24 Mio. DM = ..) Es errechnet sich der nicht unerhebliche Betrag von 1,242.320 DM, die der Gesetzgeber im Grunde genommen grundgesetzwidrig aus der Stockstädter Gemeindegasse für Landes- und Bundesaufgaben abzweigt.

Eine substantielle Kommunalpolitik ist ohne entsprechende finanzielle Handlungsspielräume nicht möglich. Deshalb muß jeder an seiner Stelle Verantwortung für einen kommunalen Haushalt übernehmen.

– der Gesetzgeber, indem er die Finanzkraft der Gemeinde nicht ständig weiter schmälert;

- der Gemeinderat, indem er die Prinzipien einer sparsamen und ordnungsgemäßen Haushaltsführung beachtet, was er zumindest partiell aus Gefälligkeitserwägungen heraus im Haushalt 2001 nicht immer getan hat,
- und nicht zuletzt der Kämmerer, indem er dem Gemeinderat die Zahlen und Fakten an die Hand gibt, die als Grundlage für die richtigen Entscheidungen unverzichtbar sind.

Dem Einzigen, dem man im Zusammenhang mit dem Haushalt 2001 in Stockstadt ungeteiltes Lob zollen muß, ist dem Kämmerer, dessen Zahlenwerk eine solide Basis und Argumentationshilfe für zukünftige Entscheidungen darstellt. Wir danken der Verwaltung für die geleistete Arbeit und stimmen dem Haushalt zu.

Dr. Gerhard Glöckner
Vorsitzender der FWG Stockstadt/Main

Freitag, den 26. 1. 2001